

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 185. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 24. Mai 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Mognoni
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth
Dr. Anselmo Gouthier
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORNETE:

Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Dr. Joachim Dalsass (ent.vorm.)
Dr. Klaus Dubis (unentsch.)
Dr. Silvius Magnago (entsch.)
Johann Neuhauser (entsch.)
Rag. Silvio Nicolodi (entsch.)
Alfons Rigott (unentsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 17. Mai 1978 fortzufahren.

Die Sitzung beginnt um 10.10 Uhr.

Der Präsident teilt mit, daß von den drei in der Presse veröffentlichten Briefen der CGIL, UIL und CISL am gestrigen Nachmittag der letzte ihn erreicht habe und daß er es nicht korrekt finde, daß besagte Briefe, die ja an ihn als Landtagspräsidenten gerichtet waren, in der Presse veröffentlicht wurden, bevor er sie zu Gesicht bekommen habe. Weiteres teilt der Präsident mit, daß die Fraktionssprecher, den Beschlußantrag des Abg. Erschbaumer betreffend, der einen Grundverkauf in Corvara zum Inhalt habe, sich geeinigt hätten, in einer der nächsten Sitzungen zu einer, hoffentlich ehrbaren, Lösung zu gelangen. Abschließend teilt der Präsident noch mit, daß die vorgesehenen Sitzungen vom 6. und 7. Juni wegen Verpflichtungen eines Teiles der Landesregierung auf den 13. (vormittag) 14. und 15. Juni verschoben werden mußten.

Man fährt nun mit der Behandlung des Gesetzentwurfes Nr. 281/78 fort.

Präsident Mognoni, der für seine Partei das Wort ergreift, betont u.a., daß man dem Gesetzentwurf zu viel Bedeutung beigemessen habe, und seine Partei dafür stimmen werde, da auch in anderen Fällen das Land Bürgschaft geleistet habe; er gibt seiner Hoffnung Ausdruck, daß die neue Koalition auf Staatsebene imstande sei, das schwerwiegende Problem der Krankenkassen einer positiven Lösung zuzuführen.

Landesrat Gebert-Deeg antwortet nun ausführlich auf die Stellungnahmen und betont u.a., daß die Mißstände im Krankenkassenwesen nicht dem Lande allein zuzulasten seien. Vorläufig könne man nichts anderes tun, als diese Bürgschaft zu leisten. Die eigentliche Lösung des Problems könne sich nur aus der endgültigen Verwirklichung der Sanitätsreform ergeben.

Der Präsident bringt nun eine vom Abg. Jenny eingebrachte Tagesordnung zur Verlesung, die von Jenny ausführlich erläutert wird: Dieser unterstreicht nochmals seine kritische Position gegenüber dem Gesetzentwurf; es sei falsch, an programmatische Erklärungen des Staates zu glauben, vielmehr soll man von einer bestehenden Realität ausgehen. Diese bestehe darin, daß die Kassen bis auf weiteres die ambulante Betreuung garantieren müssen. In Italien gebe es 460 verschiedene Krankenkassen, die es zu vereinheitlichen gelte. Abschließend betont Jenny, daß es besser wäre, wenn man das Geld der Bauernkrankenkasse schenken wolle.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß die Tagesordnung einige Widersprüche beinhalte, und er betont, daß mit dem 1.1.1979 die Sanitätsreform in Kraft treten sollte. Er werde jedenfalls gegen die Tagesordnung stimmen.

Der Abg. Müller teilt mit, daß die SVP gegen die Tagesordnung stimmen werde und betont nochmals, daß die Landesregierung mehrmals in Rom für die Lösung des schwerwiegenden Problems der Krankenkassen interveniert habe. Die Tagesordnung wird nun mit 3 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung rückverwiesen.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 2 Enthaltungen.

Die Artikel 1 bis 5 werden ohne Wortmeldungen mit 1 Enthaltung genehmigt.

Art. 6: (Dringlichkeitsklausel) mit 23 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Zur Stimmabgabe erklärt der Abg. Jenny nochmals, daß es sich wiederum um ein Provisorium handle, während LR Gebert-Deeg betont, daß nicht zuletzt die Krankenkassen wegen der Nichtfestsetzung der Höchstgrenzen der Arzthonorare in Schwierigkeiten gekommen seien.

Der Gesetzentwurf wird nun von 27 Abstimmenden mit 25 Ja-Stimmen und 2 weißen Stimmzetteln genehmigt.

Punkt 2) der Tagesordnung: Beschlußantrag Nr. 40/78, eingebracht durch die Abgeordneten Dr. Anselmo Gouthier, Josef Stecher und Dr. Egmont Jenny, am 23. März 1978, betreffend die Personalprobleme in öffentlichen Ämtern.

Der Ersteinbringer Gouthier erläutert den Beschlußantrag und betont u.a., daß die Kommunisten mit Proporz und Zweisprachigkeit einverstanden seien; man könne aber nicht leugnen, daß sich daraus Probleme ergeben, die sich bei den Staatsdiensten negativ auswirken. Man müsse daher Anstrengungen unternehmen, um der Lage Herr zu werden.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß das Problem nur gelöst werden könne, wenn bestimmte Bestimmungen über Proporz und Zweisprachigkeit vorübergehend aufgehoben werden, ansonsten könne ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen nicht erreicht werden.

Der Abg. Jenny teilt mit, daß er schon vor rund 15 Jahren gefordert habe, daß man die Südtiroler auf den Eintritt in die Staatsstellen vorbereiten solle. Er kommt ausführlich auf die prekäre Situation bei Bahn und Post zu sprechen und betont, daß die Landesregierung nicht den Mut habe, eine klare Aussage zu machen.

Der Abg. Bertorelle ist der Auffassung, daß das Problem hauptsächlich den Staat betreffe, und erst in zweiter Linie die auf Landesebene tätige Kommission für die Durchführung der Zweisprachigkeitsprüfungen. Die Situation im Lande müsse mit Realismus gemeistert werden, und es gehe nicht an, daß man die Proporz- und Doppelsprachigkeitsbestimmungen, wie Mitolo dies vorschlägt, vorübergehend aufhebe.

Das Paket stelle eine konkrete Verpflichtung dar.

Der Abg. Erschbaumer ist der Auffassung, daß die Landesregierung es unterlassen habe, die Leute für die Besetzung der Staatsstellen zu schulen. Bereits in seiner Anfrage vom 7. März habe er das Problem aufgeworfen.

Der Abg. Sfondrini spricht sich auch dafür aus, daß Lösungen gefunden werden, um den Notstand bei der Besetzung von Staatsstellen in Südtirol zu meistern.

Ende der Vormittagssitzung um 12.30 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 16.10 Uhr.

Der Abg. Achmüller ist der Auffassung, daß der vorliegende Beschlußantrag eine gewisse Parallele zum Beschlußantrag Nr. 37/78, der am 28. Februar von den Linksparteien eingebracht wurde, und Probleme der Zweisprachigkeit zum Inhalt hatte. Die Gründe des Nichtfunktionierens der staatlichen Verwaltung sei nicht in der Anwendung des Autonomiestatutes zu suchen. Beim Staat werde das Leistungsprinzip durch das Ersitzungsprinzip ersetzt. Viele Staatsangestellte seien auf einen Nebenerwerb angewiesen, da ihr Gehalt meist sehr niedrig sei. Die KPI solle sich mehr dafür einsetzen, daß die Figur des Staatsbeamten wieder aufgewertet wird. Die SVP, so sagt Achmüller, werde gegen den Beschlußantrag stimmen.

Präsident Mognoni betont u.a., daß man das Paket angenommen habe, daß aber damit unweigerlich auch Schwierigkeiten in der Durchführung auftreten. Die Situation müsse mit Realismus gemeistert werden. Durch das Paket haben wir auch Pflichten übernommen und man sei auch bereit - wie üblich - diese Verpflichtungen einzuhalten. Er, Mognoni sei bereit, die Begründung zum Beschlußantrag jederzeit zu unterschreiben, bezweifle aber, daß der Beschlußantrag dazu angeht, die Probleme zu lösen.

Landesrat Rubner antwortet nun seinen Vorrednern und unterstreicht die Aussagen Achmüllers. Die Einbringer hätten es sich mit dem Beschlußantrag zu leicht gemacht und Rubner betont, daß sowohl der Beschlußantrag 37/78, als auch der Beschlußantrag 40/78 um zwei bis drei Monate zu spät eingebracht worden sind, da man sich jetzt bereits in der Vorwahlzeit befindet. Auch hätten sich die meisten Redner im Adressaten geirrt, da das Land bei der Durchführung der Zweisprachigkeit überhaupt keine Aufgaben zu erfüllen habe. Hier handle es sich um Staatsdienste, die vom Regierungskommissariat in Zusammenarbeit mit der Landesregierung durchgeführt würden. Abschließend betont Rubner, daß man sich durchaus der Schwierigkeiten bewußt sei, den Beschlußantrag aber keinen konkreten Lösungsvorschlag beinhalte.

Der Abg. Gouthier dankt seinen Vorrednern und unterstreicht u.a.

die Wichtigkeit der Regelung der Streiks. Man könne trotzdem nicht die ganze Schuld auf den Staat abwälzen.

Der Beschlußantrag wird nun mit 6 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Punkt 4) der Tagesordnung: Beschlußantrag Nr. 42/78, eingebracht durch den Abgeordneten Willi Erschbaumer, am 8. Mai 1978, betreffend die Nebenerwerbsbauern.

Der Abg. Erschbaumer erläutert ausführlich den Beschlußantrag und bemerkt u.a., daß die sozialdemokratischen Parteien des Alpenraumes die Probleme der Nebenerwerbsbauern in einer Tagung, die im Herbst 1977 in Tramin stattgefunden hat, behandelt haben.

Der Abg. Ladurner-Parthanes betont, daß das Land speziell auch für die Nebenerwerbsbauern schon einiges getan habe und daß eine Erhebung über die Bauernhöfe Südtirols bereits durchgeführt wurde. Um den Nebenerwerbsbauern mehr helfen zu können, habe der Landtag erst kürzlich auf Vorschlag der SVP einen Beschlußantrag genehmigt.

Dazu antwortet Erschbaumer, daß, wären die Nebenerwerbsbauern genügend erfaßt, die SVP besagten Beschlußantrag nicht hätte einbringen brauchen. Die SVP handle aber nur aus Parteiinteresse und vergißt, daß der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat.

Der Abg. Dalsass fragt sich, warum Erschbaumer einen Beschlußantrag eingebracht habe, über dessen Inhalt der Landtag bereits befunden habe. Also, betreibe auch die SPS parteipolitische Tätigkeit.

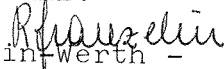


Der Abg. Jenny ist der Auffassung, daß sich die Landesregierung relativ wenig um die Nebenerwerbsbauern gekümmert habe. Da sich niemand mehr zu Wort meldet, möchte der Präsident den Beschlußantrag zur Abstimmung bringen. Obwohl sich Erschbaumer mit dieser Vorgangsweise nicht einverstanden erklärt, verzichtet er auch auf weitere Wortmeldungen.

Der Beschlußantrag wird nun mit 4 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

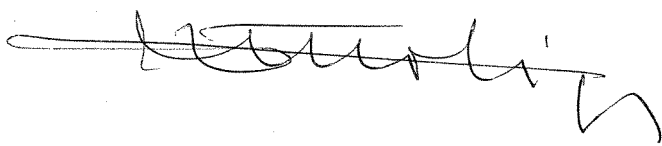
Der Präsident vertagt nun die Sitzung auf Dienstag, den 30. Mai 1978 und 10.00 Uhr zur Dreißigjahrfeier des Bestehens des Autonomiestatutes.

Ende der Sitzung um 18.30 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

- Rosa Franzelin  -
- Dr. Anselmo Gouthier  -
- Anton Kiem  -

DER PRÄSIDENT:

- Prof. Decio Mognoni - 

** ** * **

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 185.^a seduta tenuta a BOLZANO il giorno 24 maggio 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Molignoni
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth
Avv. Anselmo Gouthier
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORNDETE:

Benedikter dott. Alfons (giust.)
Dalsass dott. Joachim (giust.m.)
Dubis dott. Klaus (ingiust.)
Magnago dott. Silvius (giust.)
Neuhauser Johann (giust.)
Nicolodi rag. Silvio (giust.)
Rigott Alfons (ingiust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire con la trattazione dell'ordine del giorno del 17 maggio 1978.

La seduta inizia alle ore 10.10.

Il Presidente comunica che delle tre lettere della CGIL, della UIL e della CISL, pubblicate sulla stampa, gli é pervenuta l'ultima nel pomeriggio di ieri; egli reputa essere scorretto il fatto che tali lettere, indirizzate a lui come Presidente del Consiglio, siano state pubblicate sulla stampa prima di averne potuto prendere visione.

Il Presidente comunica quindi che per quanto riguarda la mozione presentata dal consigliere Erschbaumer e concernente la vendita di un terreno a Corvara, i capigruppo hanno convenuto di risolvere la questione, in modo possibilmente dignitoso, in una delle prossime sedute.

Concludendo il Presidente informa che le sedute previste per il 6 e il 7 giugno sono state rinviate al 13 mattina, 14 e 15 giugno per altri impegni di una parte della Giunta.

Il Consiglio riprende quindi la discussione del disegno di legge n. 281/78.

Il Presidente Molignoni prende la parola per il proprio partito sottolineando, tra l'altro, che a questo disegno di legge é stata attribuita un'importanza eccessiva; a nome del suo partito egli voterá a favore di questo provvedimento in quanto la Provincia ha prestato fidejussione anche in altri casi. Il Prof. Molignoni auspica che la nuova coalizione formatasi a livello nazionale sia in grado di trovare una soluzione positiva per il grave problema delle Casse Mutue di malattia.

L'Assessore Gebert risponde circostanziatamente ai vari interventi, facendo rilevare, tra l'altro, che la situazione di disagio in cui si trovano le casse di malattia non sono da addebitarsi esclusivamente all'Amministrazione provinciale. A suo avviso, per il momento non é possibile fare altro che prestare fidejussione come previsto dal provvedimento in esame. La soluzione vera e propria del problema scaturirá dalla realizzazione definitiva della riforma sanitaria.

A questo punto il Presidente dá lettura di un ordine del giorno presentato dal consigliere Jenny, che lo illustra dettagliatamente, ribadendo il proprio atteggiamento critico di fronte a questo disegno di legge. A suo parere non é giusto prestar fede alle dichiarazioni programmatiche degli organi statali; sarebbe, egli osserva, opportuno tenere conto della situazione reale, situazione rappresen

tata dalla necessità, per le casse di malattia, di garantire ulteriormente l'assistenza ambulatoriale. In Italia vi sono ben 460 casse di malattia che vanno conglobate. Concludendo il dott. Jenny sottolinea che sarebbe addirittura meglio regalare alla cassa malattia per i coltivatori diretti l'importo impegnato per la fidejussione di cui al disegno di legge in esame.

Il consigliere Mitolo é del parere che il presente ordine del giorno contiene qualche contraddizione e ricorda che con decorrenza 1-1-1979 entrerà in vigore la riforma sanitaria. Infine egli preannuncia il suo voto contrario.

Il consigliere Müller dichiara che l'SVP voterà contro l'ordine del giorno e ribadisce che la Giunta é intervenuta piú volte presso gli organi competenti a Roma per ottenere che venga risolto questo grave problema dell'indebitamento delle casse mutue.

L'ordine del giorno viene respinto a maggioranza con 3 voti favorevoli, 17 voti contrari ed 1 astensione.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Gli articoli dall'1 al 5 compreso vengono approvati a maggioranza con 1 astensione.

Art. 6, (clausola d'urgenza): approvato con 23 sí ed 1 astensione.

In sede di dichiarazione di voto il consigliere Jenny dichiara ancora una volta che il disegno di legge testé discusso rappresenta un ulteriore provvedimento di carattere provvisorio. L'Assessore Gebert sottolinea invece che se le Casse Mutue si sono trovate in difficoltà, ciò va attribuito non per ultimo alla mancata determinazione di un limite massimo per gli onorari dei medici.

Il disegno di legge viene quindi approvato a maggioranza con 25 voti favorevoli e 2 schede bianche su 27 votanti.

Punto 2) all'ordine del giorno: Mozione n. 40/78, presentata in data 23 marzo 1978 dai consiglieri provinciali avv. Anselmo Gouthier, Josef Stecher e dott. Jenny su problemi inerenti all'assunzione di personale negli uffici pubblici.

Nella sua illustrazione dell'ordine del giorno il primo presentatore, avv. Gouthier, fa osservare che i comunisti sono d'accordo sulla proporzionale etnica e sul bilinguismo; non si può tuttavia negare che ne risultano problemi che si ripercuotono negativamente sull'organizzazione dei servizi statali. Occorre pertanto, egli osserva, impegnarsi per affrontare la situazione vigente.

Il consigliere Mitolo é dell'avviso che il problema può venire risolto soltanto se determinate norme sulla proporzionale etnica e sul bilinguismo verranno temporaneamente abolite e che solo in tal modo si potrà raggiungere una convivenza pacifica fra i gruppi etnici.

Il consigliere Jenny dichiara che già 15 anni orsono egli aveva chiesto di preparare gli altoatesini di madrelingua tedesca all'entrata in servizio presso le amministrazioni statali. Egli si sofferma inoltre sulla situazione precaria verificatasi presso le Ferrovie dello Stato e le Poste e accusa la Giunta di non avere il coraggio di parlare chiaro.

Secondo il consigliere avv. Bertorelle il problema interessa soprattutto lo Stato e solo in secondo luogo la Commissione per gli esami di bilinguismo, operante a livello provinciale.

La situazione locale va affrontata con senso di realismo e non è accettabile proporre, come ha fatto il consigliere Mitolo, la temporanea sospensione delle norme sulla proporzionale etnica e sul bilinguismo.

Il "pacchetto", ribadisce il consigliere Bertorelle, rappresenta un impegno concreto.

Il consigliere Erschbaumer è dell'avviso che la Giunta non ha provveduto a dare agli interessati la necessaria formazione e preparazione per occupare posti statali. Già nella sua interrogazione del 7 marzo u.sc. egli aveva sollevato questo problema.

Il consigliere Sfondrini si dichiara favorevole affinché si trovino soluzioni per la situazione di disagio verificatasi nel campo dell'occupazione di posti statali in Alto Adige.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.30.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 16.10.

Il consigliere Achmüller è dell'avviso che questa mozione rappresenta in un certo senso un parallelismo alla mozione n. 37/78, presentata il 28 febbraio u.sc. dai partiti di sinistra e concernente problemi connessi al bilinguismo. I motivi per il non-funzionamento dell'Amministrazione statale non vanno cercati nell'applicazione dello Statuto di autonomia. Nelle Amministrazioni statali il principio del rendimento è sostituito dal principio dell'usucapione. Numerosi dipendenti statali hanno bisogno di un reddito collaterale essendo i loro stipendi per lo più molto esigui. Il PCI dovrebbe impegnarsi di più per rivalorizzare la figura del dipendente statale. Concludendo il consigliere Achmüller preannuncia il voto contrario dell'SVP sulla mozione in esame.

Il Presidente Molignoni fa osservare, tra l'altro, che una volta approvato il Pacchetto era inevitabile che si sarebbero presentate difficoltà nella sua attuazione. La situazione va affrontata con senso di realismo. Con il Pacchetto sono stati assunti anche impegni che tutti sono disposti a mantenere.

Il Presidente Molignoni precisa al riguardo di essere personalmente disposto ad associarsi alle motivazioni che hanno portato al

la presentazione della mozione, ma dubita che con la stessa possano venire risolti i problemi.

Nella sua replica agli interventi dei consiglieri l'Assessore Rubner ribadisce quanto dichiarato dal consigliere Achmüller. I presentatori non hanno fatto le opportune considerazioni, osserva l'Assessore. Tanto la mozione n. 37/78 quanto la mozione n. 40/78 sono state presentate con ritardo di due o tre mesi dato che le elezioni sono ormai vicine. Inoltre, la maggior parte degli oratori ha sbagliato interlocutore non avendo la Provincia alcun compito da assolvere in ordine all'attuazione del bilinguismo. L'Assessore fa presente altresì come in questo caso si tratti di servizi statali eseguiti dal Commissariato del Governo in col laborazione con la Giunta provinciale. Concludendo l'Assessore Rubner sottolinea che pur essendo consapevoli delle difficoltà realmente esistenti, la mozione non offre possibilità concrete per poterle superare.

Nel ringraziare gli oratori intervenuti sulla mozione, il consigliere Gouthier sottolinea, tra l'altro, l'importanza di una regolamentazione degli scioperi. A suo avviso non si può comunque scaricare tutta la colpa sullo Stato.

Posta in votazione la mozione viene respinta a maggioranza con 6 voti favorevoli, 17 voti contrari e un'astensione.

Punto 4) all'ordine del giorno: Mozione n. 42/78, presentata l'8 maggio 1978 dal consigliere Erschbaumer, concernente i contadini a reddito agricolo collaterale.

Nella sua circostanziata illustrazione il consigliere Erschbaumer osserva, tra l'altro, che i partiti socialdemocratici dell'arco alpino si sono occupati dei problemi a Termeno nell'autunno 1977.

Il consigliere Ladurner-Parthanes fa presente che la Provincia è intervenuta anche a favore di questa categoria di contadini e che un'indagine sui masi in Alto Adige è già stata svolta. Egli sottolinea inoltre che per andare maggiormente incontro a questi contadini è stata recentemente presentata una mozione dall'SVP approvata dal Consiglio provinciale.

Al riguardo il consigliere Erschbaumer fa rilevare che se si fosse stati a conoscenza della situazione dei contadini lavoratori non sarebbe stato necessario che l'SVP presentasse la mozione. A suo avviso l'SVP agisce solo per interesse di partito, dimenticando che l'uomo de ve sempre essere posto in primo piano.

L'Assessore Dalsass si chiede come mai il consigliere Erschbaumer abbia presentato una mozione di contenuto simile a quella già approvata dal Consiglio provinciale ed osserva che ciò dimostra che anche l'SPS agisce per interesse di partito.

Il consigliere Jenny è d'opinione che la Giunta abbia dedicato relativamente poca attenzione ai problemi dei contadini a reddito colla

terale.

Dato che piú nessuno chiede la parola, il Presidente intende porre in votazione la mozione. Pur non essendo d'accordo su tale modo di procedere, il consigliere Erschbaumer rinuncia ad un ulteriore intervento e in sede di votazione la mozione viene respinta a maggioranza con 4 voti favorevoli e 15 voti contrari.

A questo punto il Presidente toglie la seduta e la aggiorna a martedì, 30 maggio 1978, alle ore 10 per la celebrazione del Trentennale dell'autonomia.

La seduta termina alle ore 18.30.

I SEGRETARI:

- Rosa Franzelin-Werth *R Franzelin*
- Avv. Anselmo Gouthier -
- Anton Kiem - *Kiem*

IL PRESIDENTE:

- Prof. Decio Molignoni -
- Decio Molignoni*

/rm

** ** *